

Presseinformation

Braunschweig, den 16.03.2018

Erdtransporte aus der Kälberwiese fair verteilen!

Zu Recht herrscht Aufregung in Lamme, einem Stadtteil, der durch die rege Bautätigkeit in den letzten Jahren schon besonders belastet ist. Aber auch das bereits jetzt hoch frequentierte Watenbüttel kann und soll die Lasten nicht alleine aufnehmen. Daher ist es aus Sicht der FDP notwendig, die Transporte von mehr als 100.000t belasteter Erde aus der Kälberwiese nach Watenbüttel fair auf mehrere Schultern zu verteilen, so wie es in der Bürgerfragestunde in der Ratssitzung am 13.03.2018 von Stadtbaurat Leuer zugesagt wurde. „Und dies soll und muss auch vertraglich zwischen Stadt und Fuhrunternehmen geregelt und auch überprüft werden, sonst ist das ganze nichts wert“, sagt Mathias Möller, der für die FDP im Stadtrat Braunschweig sitzt.

"Die derzeit geplante Route über den Raffturm zur B1 führt am Ende dazu, dass der Weg über die Neudammstraße in Lamme, die PTB und Watenbüttel die kürzeste Route ist. Hier ist auf jeden Fall eine tragfähige Regelung notwendig, die diese einseitige Belastung entschärft" bekräftigt Eike Hoffmann, Mitglied im Stadtbezirksrat Lehdorf-Watenbüttel, der auch für Lamme zuständig ist. "Abgesehen von diversen Schulwegen und sowieso schon maroden Straßen, könnte die Ampelkreuzung Bundesallee/Celler Heerstraße eine derartige Steigerung des Schwerlastverkehrs gar nicht bewältigen. Die Folge wären kilometerlange Rückstaus", so Hoffmann weiter.

Aus Sicht der FDP ist es daher notwendig die geplanten Transporte fair auf verschiedene Strecken zu verteilen. Dabei muss auch die Streckenführung über die A391, A2 bis zur Abfahrt Watenbüttel berücksichtigt werden. Gleichzeitig muss die Belastung der Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich gehalten werden. Das kann beispielsweise mit Auflagen zu Fahrzeiten, Wochenend- und Nachtfahrverboten und temporären Geschwindigkeitsbeschränkungen für die Transportfahrten erreicht werden. Weiterhin muss gewährleistet sein, dass am Ende nicht die Anwohner für die zu erwartenden Straßenbeschädigungen aufkommen müssen.